

Haushaltsrede WGB 2025

Ratssitzung am 5. Dezember 2024

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Anwesende,

jährlich um die gleiche Zeit grüßt das Haushaltsmurmeltier. Ähnlich wie in dem Film aus dem Jahre 1993 mit Bill Murray. Dort erlebt er als Wettermann Conners im wieder den gleichen Tag, den er mit der Zeit im Ablauf verändert, der jedoch jeden Morgen wieder gleich beginnt.

Das ist ungefähr die Situation von Gemeinderatsmitgliedern im Rahmen von Haushaltsberatungen.

Jedes Jahr im Oktober/November erhalten wir den Haushaltsplan vom Kämmerer- und dafür an dieser Stelle herzlichen Dank- für die umfangreiche Arbeit und die Geduld, die Sie mit uns haben, Herr Schmitter.

Dann sitzen wir vor den Zahlen und - müssen sparen, weil es hinten und vorne nicht reicht.

Über kreatives Ausgabendenken müssen wir nicht diskutieren, über Gestalten mit Überschüssen zum Wohle der Menschen in der Gemeinde brauchen wir nicht reden.

Denn wir verwalten den Mangel, reduzieren das Defizit, sparen und sparen- und es reicht doch nicht. Wir streiten über Pflichtaufgaben wie die Feuerwehr und die Kitaunterstützung, reduzieren Personal, schieben notwendige Investitionen auf irgendwann und bleiben in vielen Bereichen ohne finanzielle Unterstützung, die uns versprochen worden ist.

Nur mal so zum Überblick: von unserem Haushalt in Höhe von ca. 14 Mio € werden wir voraussichtlich 4,2 Mio € an den Landkreis zahlen- genannt Kreisumlage, damit der Landkreis das tun kann, was ein Landkreis so macht. Unser Landkreis beabsichtigt, die Kreisumlage um 2-3 Punkte zu erhöhen. Jeder Punkt bedeutet für uns Mehrkosten von ca. 80.000€- also 240.000€, die wir weniger zum Gestalten haben.

Ca. 2 Mio € beträgt die Defizitfinanzierung unserer Kitas, d.h. das, was fehlt, nachdem das Land sein Geld für die -für die Eltern -kostenfreie Nutzung von Kindertagesstätten (ohne Krippe) überwiesen hat. Tarifsteigerungen werden vom Land nicht in der erforderlichen Höhe an uns weitergegeben. Zahlmeister sind wir als Kommune.

Wir als Kommune tragen insgesamt mittlerweile ca. 500.000€ nicht erstattete Kosten der Flüchtlingsunterbringung vor uns her. Und das bei der bestmöglichen Lösung, die auf Kreisebene gefunden worden ist. Doch Versprechen von Land und Bund wurden nicht gehalten.

Auf Landes- und Bundesebene erdachte Regelungen müssen durch unsere Verwaltung erbracht werden. Mehraufwand, der nicht finanziert wird. Dies zum Beispiel im Feuerwehrbereich. Änderungen, die zu Mehrkosten führen, werden gesetzlich auf Landesebene beschlossen- und wir als Kommune können dann sehen, wo wir das Geld dafür herbekommen.

Da komme ich mir vor wie in einem finanziellen Selbstbedienungsladen.

Wenn jedoch unser Haushalt zur Prüfung an das Rechnungsprüfungsamt geht, dann sitzen dort keine Menschen, die „Fünwe gerade sein lassen“. Dann wird dort der gleiche strenge Maßstab an die Haushaltsführung angelegt, wie vor z.B. sechs Jahren.

Soweit zur Kostenseite. Hier haben wir gespart, wo wir nur konnten. Lediglich bei der Feuerwehr haben wir einen Kompromiss gefunden, der zwischen den Sparvorgaben und dem von der Feuerwehr beantragten Budget liegt. Als WGB hätten wir uns hier noch etwas mehr Mittel gewünscht, was jedoch nicht mehrheitsfähig war.

Die Kürzungen bei den Kitas zeigen, dass wir auch in diesem Unterstützungsbereich nur das veranschlagen können, was in diesem Jahr benötigt worden ist, plus etwaige Tarifierhöhungen. Enger können wir den Gürtel nicht schnallen- und lockerer geht nur mit mehr Unterstützung vom Land für die „kostenfreien Kitas“, die nun mal leider für uns nicht kostenfrei sind.

Den „Todestoß“ jedoch hat uns im Einnahmebereich der Mikrozensus versetzt. Was sich anhört wie ein Virus ist für unseren Haushalt ein Eurokiller, der uns über eine Statistik ca. 500 EinwohnerInnen nimmt. Unsere Einnahmeseite lebt jedoch von möglichst vielen EinwohnerInnen, weil wir für jeden Menschen sog. Schlüsselzuweisungen erhalten, die uns Einnahmen bescheren. Im statistischen Verfahren des Mikrozensus (Volkszählung) gibt es eine Korrekturposition mit der Nr. 13. Diese Korrigiert die Zahlen unseres Einwohnermeldeamtes im 13ten Analyseschritt stichprobenbasiert um eine bestimmte Größe nach unten.

Dieser Schritt raubt uns ca. 250.000€- schönen Dank dafür, das unverantwortliche mathematische Verfahren unser Leben mitgestalten.

Zuletzt lassen Sie mich auf ein Thema kommen, über das in diesen Haushaltsberatungen nicht gesprochen worden ist- seltsamerweise wohl, weil es sich um eine heilige Kuh handelt.

Ich rede über die freiwillige Leistung „Betrieb eines Waldbades“. Dieser kostet uns ca. 350.000€ bei 100.000€ Einnahmen. Ein Defizitbetrieb, den wir uns immer noch leisten, obwohl wir ihn uns -so wie jetzt -nicht leisten können.

Als WGB stimmen wir zum letzten Mal dem Betrieb in dieser Form zu. Im nächsten Jahr 2025 werden wir von unserer Seite Vorschläge zu eine veränderten Finanzierungsform des Bades vorlegen, damit ein Betrieb weiter gelingen kann. Dazu werden wir eine Befragung aller BürgerInnen und Bürger vorschlagen, um zu erfahren, was der Weiterbetrieb des Waldbades den Menschen in der Gemeinde wert ist.

Zu Abschluss danke ich ausdrücklich allen Beschäftigten der Gemeinde in den Bereichen Schule, Bücherei, Bauhof, Rathaus und in ehrenamtlichen Bereichen der Gemeinde für die ausgezeichnete Arbeit in diesem Jahr.

Ebenso geht mein Dank an all die weiteren ehrenamtlich aktiven Menschen in unserer Gemeinde, ohne die unser Einheitsgemeindeleben nicht so bunt, vielfältig und lebendig wäre, wie es glücklicherweise ist.

Ich wünsche allen viel Gesundheit, uns allen Frieden und ein gutes Jahr 2025.

Ihr Mathias Jeßen
Fraktionsvorsitzender
Wählergemeinschaft Bienenbüttel (WGB)